

«Das Kapital ist die Milchkuh der Nation»

INTERVIEW MIT REINER EICHENBERGER Der Wirtschaftsprofessor über die Wahlen 2023, «beängstigendes» Staatswachstum und eine Lösung für das Energieproblem.

Für manche ist er eher ein provokanter Meinungsmacher als ein Ökonom. Auf jeden Fall kam Reiner Eichenberger, Wirtschaftsprofessor an die Universität Fribourg, im NZZ-Rating der einflussreichsten Ökonomen in der Schweiz während Jahren in die Medaillerränge. Dem Bild eines Professors im Elfenbeinturm entspricht er wahrlich nicht.

Herr Eichenberger, die 51. Legislaturperiode neigt sich dem Ende zu. Bislang war der Wahlkampf eher zahm. Woher dieser politische Weichspülgang?
Das ist nichts Neues. Parlamentarier haben kaum Anreize, produktive Projekte im Interesse des gesamten Landes zu entwickeln. Vielmehr dienen sie spezifischen Gruppen. Viele sind Spezialisten dafür, Projektentwürfe des Bundesrats zugunsten dieser Gruppen zu verbiegen.

«Die Bürgerlichen sollten nicht den Linken die Schuld geben, sondern Projekte mit Substanz lancieren.»

Staatsgläubigkeit, Regulierung und Vorschriften nehmen zu, die Bürokratie wächst ungebremst – warum geben die bürgerlich-freiheitlichen Kräfte nicht Gegensteuer?

Nun, ausser in einigen wenigen grossen Städten dominieren die Bürgerlichen in den Räten. Sie sollten nicht den Linken die Schuld zuschieben, sondern selbst Projekte mit Substanz entwickeln. Aber eben: Da läuft wenig.

Und das Staatswachstum?

Beängstigend! Die Fiskalquote sank von 2000 bis 2007 auf 25,6%. Seither ist sie auf 28,5% gewachsen. Der Staat wächst also schneller als die Bevölkerung und Wirtschaft zusammen. Und es kommt wohl noch schlimmer. Jetzt ist die Infrastruktur am Anschlag, und ihr Ausbau braucht richtig viel Geld.

Immerhin ist die Fiskalquote im Vergleich zu anderen Ländern niedriger.

Ja, auch weil die Schweiz die Gesundheits- und Rentenkosten weniger dem Staat zu rechnet. So oder so ist die Höhe der Steuern ein Riesenproblem. Sie mindert die Anreize, Vollzeit und über 65 hinaus zu arbeiten. Hinzu kommt die Inflation. Diese und das reale Wachstum lassen die nominellen Einkommen steigen. Wegen der Progression wachsen die Steuereinnahmen überproportional, und die Staatsquote droht zu explodieren. Nur schon um das zu verhindern, müssten wir permanent die Steuern senken.

Aber die letzten Vorschläge zu Steuersenkungen sind an der Urne durchgefallen.

Sie wurden überladen. Die Bevölkerung wäre begeistert, würde die Politik vernünftige Vorschläge zur Steuersenkung unterbreiten. Aber eben: Im Parlament zählen weniger die Normalbürger als gut organisierte Interessengruppen.

«Studien gibt es für vieles, oft auch das Gegenteil. Es ist die Bundesverwaltung, die so ihr Tun rechtfertigt.»

An die Kapazitätsgrenze ist auch die Stromversorgung gestossen. Eben erst hat eine von Economiesuisse in Auftrag gegebene ETH-Studie ergeben, die Ausbauziele der Energiestrategie 2050 seien mit erneuerbaren Energien schwer zu erreichen.

Das sagt auch der gesunde Menschenverstand. Wie kann man so stark auf Flatterenergie von Sonne und Wind setzen und glauben, sie ersetze die Bandenergie? Im Sommer wird das europäische Netz überflutet werden mit billigem, weil hochsubventioniertem Strom aus Erneuerbaren, der Stromverbrauch wird deshalb zusätzlich wachsen, und im Winter drohen dann erst recht Lücken. Dafür werden die fossilen Energieträger einfach andernorts ge-



«Der Staat wächst rascher als die Bevölkerung und Wirtschaft zusammen», moniert Reiner Eichenberger.

BILD: YVON BAUMANN

nutzt. Die Pleite der Energiestrategie war abzusehen. Doch den meisten Politikern fehlte der Mut, das zu sagen.

Gerade von der ETH kamen zuvor etliche Studien, die die Energiewende als durchaus machbar einstufen.

Ob Covidmassnahmen, Zuwanderung oder Energiestrategie, vom Bund bestellte Studien kommen zumeist zum Schluss: kein Problem. Studien gibt es für vieles, oft auch für das Gegenteil. Entscheidend ist, wer die Ressourcen hat, regelmässig Studien erstellen zu lassen. Es sind die Verwaltungsabteilungen des Bundes, die so oft nur ihr Tun rechtfertigen.

Ist die Energiestrategie von Grund auf neu anzudenken?

Wir müssen weg von unrealistischen Zielen. Sie gehen zurück auf weltweite Klimaabkommen, mit dem Ziel Netto-Null bis 2050. Von den 195 Signatarstaaten sind dreissig Prozent demokratisch, grosszügig gerechnet. Von einer «Weltgemeinschaft» zu sprechen, ist absurd. Die meisten Länder werden sich nicht ans Abkommen halten. Zudem nützt es nichts, wenn die Nachfrage nach fossilen Energieträgern sinkt, solange ihr Angebot hoch bleibt. Aber die Selbstverpflichtung hilft manchen Regierungen, jetzt viel Geld in Bewegung zu setzen – auf Kosten schlecht orga-

nisierter Gruppen sowie von Schulden und so der Zukunft.

Was ist dann die Lösung?

Echte Kostenwahrheit. Wer CO₂-Emissionen verursacht, soll einen Preis dafür bezahlen, heute rund 50 Fr. je Tonne Kohlenstoffdioxid – ohne Ausnahmen, auch nicht für die Schwerindustrie. Ein solcher Preis gibt die richtigen Anreize zur CO₂-Reduktion. Dadurch werden die meisten Regu-

«Keine Regierung will eine CO₂-Steuer einführen und dafür andere Steuern und Subventionen senken.»

lierungen und Subventionen unnötig, ausser für Grundlagenforschung. Natürlich müsste das Geld – es wären nur rund 2 Mrd. Fr. jährlich – vollständig an die Bevölkerung zurückverteilt werden, über Steuersenkungen. Dieses Programm wäre wirksam und würde die Wirtschaft kaum belasten. Deshalb bräuchte es keinen Grenzausgleich und könnten es alle Länder umsetzen. Nur: Keine Regierung will eine CO₂-Steuer einführen, um dafür andere Steuern, Regulierungen und Subven-

tionen zu senken. Daher braucht es die Schweiz als Vorbild.

Die Politik kann sich darauf berufen, das Stimmvolk habe die Energiestrategie und im Juni die Klimainitiative mehrheitlich akzeptiert und sie demokratisch legitimiert.

Wahre Demokratie ist, wenn das Volk zwischen realistischen Alternativen wählen kann, nicht zwischen einem obskuren Vorschlag und dem diskreditierten Status quo. Wir brauchen Mechanismen, dank denen dem Volk ernsthafte Problemlösungen vorgelegt werden. Dafür empfehlen wir eine vom Volk im Mehrheitssystem gewählte Gegenvorschlagskommission. Sie hätte den Auftrag und die richtigen Anreize, dem Allgemeininteresse dienende Alternativvorschläge zu entwickeln. Das brächte Konkurrenz und echte Auswahl, und damit bessere Politik.

Die Kosten vieler Baustellen, dazu gehören auch das Gesundheitswesen und die Altersvorsorge, kondensieren sich im Bundeshaushalt. Erstmals seit langem drohen strukturelle Defizite. Wie viel Staat können wir uns leisten?

Statt nur im Kleinen zu sparen, sollten wir grosse Themen klug angehen. Erstens brauchen wir Kostenwahrheit im Verkehr. Alle Verkehrsteilnehmer sollten ihre externen Umwelt-, Lärm- und Un-

Zur Person

Reiner Eichenberger (62) ist seit 25 Jahren Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Fribourg, als Nachfolger von Walter Wittmann. Zudem ist er Mitgründer und Forschungsdirektor des privaten Forschungszentrums Crema (Center for Research in Economics, Management and the Arts). Er gilt als Spezialist für ökonomische Analyse des politischen Prozesses und politischer Institutionen. Im Ökonomenrating der NZZ zum gesellschaftlichen Einfluss, zuletzt publiziert 2021, belegte Eichenberger während Jahren den zweiten Rang. Er vertritt gern unkonventionelle Ideen, die aber oft auf traditioneller Wirtschaftstheorie gründen. Den Ausdruck «Prof. Unbequem» empfindet er als Kompliment.

fallkosten selbst bezahlen, alleine der motorisierte Privatverkehr 8 bis 10 Mrd. Fr. jährlich. Dafür gibt es dann keinen Grund mehr für die Subventionen für den ÖV und das Velo von rund 8 Mrd. Fr. Im Gegenzug könnten wir die Mehrwertsteuer abschaffen. Zweitens lassen wir die Alten freiwillig länger arbeiten, indem wir die Steuer auf Arbeitseinkommen ab 66 oder 67 halbieren und die Zusatzeinnahmen in die AHV stecken. Damit wären die Rentenprobleme und der Fachkräftemangel weitgehend gelöst.

Es hat sich eingebürgert, enorme Ausgaben am ordentlichen Staatsbudget vorbeizuschleusen, neuerdings die deutliche Erhöhung der Rüstungsausgaben. Ist das nicht Budget-Schönfärberei?

Klar, die Schuldenbremse wird damit de facto ausgehebelt. Ob Pandemien, Finanzkrisen oder konventionelle Kriege: mit solchen ausserordentlichen Risiken ist ständig zu rechnen. Es ist absurd, hier von einmaligen Ereignissen zu sprechen. Abgesehen davon sollte man die wahren Steuerprobleme angehen.

Welche meinen Sie?

Unser Steuersystem macht bei positiver Inflation Sparen unattraktiv und heizt die Verschuldung an. Es werden nicht die realen, sondern die viel höheren nominalen Kapitaleinkommen besteuert. Auf der anderen Seite werden die Schuldzinsenabzüge massiv überhöht. Die Jusos behaupten, Kapital sei zu wenig besteuert. Mitnichten, das Kapital ist die Milchkuh der Schweiz und massiv überbesteuert.

«Die Schweiz ist in einem Schraubstock»

Im Gespräch mit Reiner Eichenberger taucht immer wieder das Reizthema Bevölkerungswachstum und Zuwanderung auf. Der Wirtschaftsprofessor wird deswegen von manchen in die Nähe der SVP gerückt – auch weil die restlichen Parteien einen Bogen um diesen strittigen Punkt machen. Wenn Eichenberger von Zuwanderung spricht, bezieht er sich vor allem auf die Erwerbsmigration aus dem EU-Raum. Die Behauptung, diese senke den Arbeitskräftemangel, sei falsch: «Die Zuwanderung schafft immer mehr Knappheit an neuen Orten», betont er.

Viele der Knappheiten seien hausgemacht. Für die 80 000 Leute, die im vergangenen Jahr netto eingewandert seien, brauche es zum Beispiel etwa 370 zusätzliche Ärzte: «Woher sollen die kommen?», fragt er. «Wir sind in einem Schraubstock, aber die verantwortlichen Politiker und Beamten reden und handeln weiter wie vor 20 Jahren.»

Das schnelle Bevölkerungswachstum sei volkswirtschaftlich «mit enormen Kosten» verbunden. 1% mehr Leute in einem Jahr sei kein Problem – «aber 20 Jahre lang jeweils

1%, das ergibt in der Summe deutlich mehr als 20%». Der Haken dabei sei, dass die Durchschnittskosten nicht konstant seien, sondern zunehmen.

Soll die Zuwanderung wie in Kanada gesteuert werden, das häufig als Vorbild genannt wird? Nein, meint Eichenberger, «ein Punktesystem wie in Kanada kann man vergessen, da wären riesige Datenmengen zu bewältigen, ein bürokratisches No-Go.» Es klappe einzig über ein Preissystem, «eine Art Aufenthaltsabgabe, Modell Kurtaxe» – als Preis für die vielen knappen Güter und die überproportional hohen Kosten für die rasche Erneuerung der Infrastruktur. Das werde von den Steuerzahlungen der Zugewanderten bei weitem nicht gedeckt.

Zuwanderung trägt zum Wirtschaftswachstum bei. «Das Gemeine ist: Die Wirtschaftsdaten verschleiern die Nachteile», gibt Eichenberger zu bedenken. Kämen mehr Leute, müsse zum Beispiel mehr gebaut werden, das blähe das Bruttoinlandprodukt auf. Pro Kopf freilich sehe die Bilanz anders aus,

die ungünstigen Effekte würden ausgeblendet. Auch Wirtschaftsverbände und die Unternehmensleitungen sähen Arbeitsmigration vor allem in einem positiven Licht: «Migros und Coop haben automatisch 1% mehr Umsatz pro Jahr, ein Geschenk für das Management.» Es sei immer das Gleiche, betont Reiner Eichenberger: Die an der Spitze der Pyramide, seien es Regierungen, Manager oder Verbände, profitierten vom Gesamtwachstum, normale Arbeiter nicht.

Aber hat die Einführung der Niederlassungsfreiheit in der Verfassung vor 175 Jahren der Schweiz nicht einen enormen Energiestoss gegeben? Schon, meint Eichenberger, dieser sei jedoch nur möglich gewesen, weil die Kantone ähnlich leistungsfähige Institutionen und ähnlich gute Aussichten hatten, sodass unklar gewesen sei, wohin genau die Leute wandern würden. «Doch zwischen der EU und der Schweiz geht es seit Jahrzehnten in eine Richtung», betont der Wirtschaftsprofessor. Es gebe grosse Differenzen in Bezug auf die Institutionen und das Bruttoinlandprodukt pro Kopf.